
Ökonomisierungsdiskurse: Problemaufriss und begriffliche Unterscheidungen

2

Ich möchte im Folgenden einen problemorientierten Einstieg in den Ökonomisierungsdiskurs vornehmen. Ausgehend von einigen Standarddefinitionen soll das gängige Ökonomisierungsverständnis problematisiert werden, um daran die theoretisch wichtigen Fragen aufzuzeigen, die mit Ökonomisierung verbunden sind. Prozesse der Ökonomisierung werden in ganz unterschiedlichen sozialen Bereichen beobachtet: Neben Bildung (Höhne 2012a; Lohmann 2010; Radtke 2009; Graßl 2008; Paulo Freire Zentrum/Österr. HochschülerInnenschaft 2005; Kessl 2002; Hoffmann und Maak-Rheinländer 2001) wird Ökonomisierung auch in Politik und Wissenschaft festgestellt (Pelizzari 2001; Hoffmann und Neumann 2003), im Gesundheitsbereich (Bauer 2006), in der sozialen Arbeit (Spatscheck et al. 2008) sowie auf der Ebene des Subjekts als Ökonomisierung des Selbst (Voß 2000; Bröckling 2007). Einzelne Bereiche übergreifend wird Ökonomisierung für die gesamte Gesellschaft bis auf die Weltsystemebene (Krönig 2007; Münch 2009) bzw. für ‚das Soziale‘ schlechthin als bedeutsame und umfassende Transformation seit den 1980er Jahren angesehen (Bröckling et al. 2000).

Ökonomisierung bezeichnet zumeist einen Veränderungsprozess, mit dem „der zunehmende Einfluss der Ökonomie auf das Denken und Handeln von Individuen und Organisationen in verschiedenen sozialen Subsystemen“ beschrieben wird (Löffler 2003, S. 19; Bellmann 2001, S. 387; Krönig 2007; Pelizzari 2001). Nach Uwe Schimank und Ute Volkmann definiert „Ökonomisierung einen Vorgang, durch den Strukturen, Prozesse, Orientierungen und Effekte, die man gemeinhin mit einer modernen kapitalistischen Wirtschaft verbindet, gesellschaftlich wirkmächtig werden“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 382). Die „Ökonomisierung nicht ökonomischer Gesellschaftsbereiche“ führe zu einer „Aufwertung ökonomi-

scher Handlungsprinzipien etwa in der Kunst, im Journalismus, im Gerichtswesen oder in den Hochschulen“ (Schimank und Volkmann 2008).

Gegenüber der These einer Hegemonie der Ökonomie wird im kritischen Sozialstaatsdiskurs hervorgehoben, dass Ökonomisierung unmittelbar mit dem „neoliberalen Wohlfahrtsstaatsabbau“ zusammenhänge und als „neue Form sozialer Regulierung“ zu begreifen sei (Kessl 2002, S. 1118 f.). Mit dieser Akzentuierung werden Staat(lichkeit), die Form der Politik als eine zentrale Dimension von Ökonomisierung in den Vordergrund gerückt. Diese These lässt sich mit Blick auf Bildung noch zuspitzen: *Ökonomisierung verweist grundlegend auf ein sich wandelndes Verhältnis von Staat/Politik, Ökonomie, (Zivil-)Gesellschaft und Bildung*. Damit lässt sich nun das Ziel der Analyse von Ökonomisierungsprozessen deutlicher formulieren: Es liegt in der *politischen Regulation und Vermittlung ökonomischer Elemente, Theoreme, Diskurse usw. in nicht-ökonomische Bereiche, was zugleich mit (zivil-)gesellschaftlichen Veränderungen einhergeht*. Der Fokus der Analyse liegt hierbei auf neuen Formen der Vermittlung und Steuerung, bei denen vormals getrennte Logiken in hybriden Formen der Regulierung kombiniert werden – etwa wenn politische, privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam bildungspolitisch agieren (Höhne 2013b, S. 245 f.; Höhne 2014; Wexler 1999).

Wenn von Ökonomisierung die Rede ist, dann beinhaltet dies in der Regel qualitativ und quantitativ übergreifende und grundlegende Veränderungen. Damit stellt sich die Frage nach den Merkmalen von Ökonomisierung, der theoretischen Reichweite des Ökonomisierungskonzepts und den Phänomenen, die damit erklärt werden können. Dies ist umso wichtiger, als der Ökonomisierungsbegriff das Ergebnis des Wandels, den er thesenhaft unterstellt, schon immer in gewisser Weise als gegeben voraussetzt. Damit ist auch die Frage nach den Grenzen von Ökonomisierung berührt. Denn Thesen wie die „Ökonomisierung der Gesellschaft“ (Krönig 2007; Schimank und Volkmann 2008) oder die „Generalisierung der ökonomischen Form“ (Bröckling et al. 2000, S. 16) legen die Grenzenlosigkeit ökonomisierender Transformationen nahe und lassen die wichtige Frage nach dem ‚Außen‘ dieser Transformation bzw. nach den Durchsetzungs- und Vermittlungsformen entstehen, wie dies etwa Klaus Dörre in seinem Landnahmekonzept deutlich gemacht hat (Dörre 2009).

Ein Panoramablick auf die weitläufige Landschaft des Ökonomisierungsdiskurses lässt insgesamt vier Verwendungsweisen von Ökonomisierung erkennen:

1. Ökonomisierung wird als *analytisches Konzept* verwendet, um einen ökonomisierenden Transformationsprozess außerökonomischer Bereiche/Felder/Systeme/Organisationen zu bezeichnen, wie einleitend in den Definitionen aufgezeigt wurde (vgl. auch Höhne 2012, S. 799 ff.). So wird Ökonomisierung oft system- bzw. differenzierungstheoretisch als Entdifferenzierung interpretiert (Richter

2009; Schimank und Volkmann 2008; Krönig 2007) oder fungiert als Oberbegriff für eine Reihe ähnlicher Begriffe wie Kapitalisierung, Kommodifizierung, Kommerzialisierung oder Privatisierung.

Richard Münch etwa greift auf den Begriff der „Kapitalisierung“ von Bildung zurück, um eine gezielte Wertsteigerung von Bildungskapital sowie die Konvertierbarkeit unterschiedlicher Kapitalsorten untereinander zu bezeichnen, bei der Bildung als kulturelles Kapital primär zum Tauschmittel gemacht wird (Münch 2010). Reinhold Sackmann seinerseits definiert ‚Kommodifizierung‘ in Anlehnung an Karl Polanyi als einen ökonomischen Prozess, „bei dem eine Dienstleistung oder ein Gegenstand zu einem marktwirtschaftlich gehandelten Gut wird bzw. ein Akteur sein Handeln zunehmend am Gewinn orientiert“ (Sackmann 2004, S. 66). Ingrid Lohmann spricht von der „Kommerzialisierung der Bildung“ und hebt damit hervor, dass „*Markt* die Chiffre für tiefgreifende, weltweite Transformationsprozesse in den Beziehungen zwischen Ökonomie, Politik und Kultur“ sei, bei der nicht demokratisch legitimierte transnationale „Marktinstitutionen“ wie OECD, WTO oder Weltbank zunehmend bildungspolitische Entscheidungen konstitutiv beeinflussten (Lohmann 2010, S. 138 f.).

Nicht nur transnationale Akteure, die nicht demokratisch legitimiert sind, sondern auch private Akteure wie Unternehmen oder Stiftungen werden zunehmend durch staatliche Akteure bildungspolitisch ermächtigt, womit einer schleichenden Privatisierung von Bildung Vorschub geleistet wird. In diesem Sinne wird für einen erweiterten Privatisierungsbegriff plädiert, der über formaljuristische Definitionen (formelle, funktionale und materielle Privatisierung) hinaus auch die unterschiedlichen politischen Steuerungsmittel wie etwa die Einführung managerialer Elemente oder New Public Management in den Blick nimmt wie auch die subtilen Formen privater Mit-Steuerung, durch welche die Infrastruktur einer Bildungsorganisation von innen heraus verändert und die Grenzen zwischen ‚privat‘ und ‚öffentlich‘ verschoben werden (Jansen et al. 2007, S. 25; Klausenitzer 2004, S. 151).

2. Mit Ökonomisierung als *kritischem Begriff* werden die negativen Effekte entsprechender Veränderungen herausgestellt. Dazu gehören u. a. die folgenden Kritikpunkte: Die Bedrohung der Autonomie gesellschaftlicher Felder, Systeme oder Organisationen durch eine ökonomisierende Umformung des systemeigenen Codes bzw. der feldeigenen Logik (Schimank und Volkmann 2008), die deprofessionalisierenden Wirkungen von Ökonomisierungsprozessen in Bildungsorganisationen (Tacke 2005), die zunehmende Ungleichheit durch die Entstehung von Bildungsmärkten und die Wettbewerbsorientierung (Lohmann 2010), der zunehmende Einfluss privater Akteure (Höhne 2013; Liesner 2011), die Entstehung von Quasi-Märkten als Folge von Schulautonomie und Segmentierung von Bildungsinstitutionen (Radtke und Weiss 2000; Weiß und Steinert 2000), der zunehmende

Leistungs- und Selektionsdruck auf Schüler_innen als auch der erhöhte Entscheidungsdruck auf Seiten der Eltern (Borchard 2008), der Rückzug des Staates aus der finanziellen und politischen Verantwortung für eine Gleichwertigkeit von Lebens- und Bildungsverhältnissen und der Ermöglichung von Chancengleichheit (Höhne und Schreck 2009), die Privatisierung von Bildungskosten wie Studiengebühren oder die (teilweise) Abschaffung der Lehrmittelfreiheit sowie die Eliteorientierung im Schul- und Hochschulbereich, wie sie etwa in Exzellenzinitiativen im Hochschulbereich zum Ausdruck kommt (Hartmann 2007).

3. In Form der *Kritik der (Ökonomisierungs-)Kritik* lassen sich im Ökonomisierungsdiskurs zwei Richtungen unterscheiden. (a) Die eingangs erwähnte polemische Aussage stellt den Ökonomisierungsbegriff pauschal unter Ideologieverdacht; (b) Die theoretisch-wissenschaftliche Kritik ist demgegenüber um eine begriffliche Differenzierung bemüht, mit der die Schwächen des Ökonomisierungsbegriffs als auch sein analytisches Potential deutlich gemacht werden. Zusammengefasst lautet etwa die Kritik von Uwe Schimank, dass die Ökonomisierungskritik oft bei der Diskursanalyse stehenbleiben würde, zumeist nur isolierte Betrachtungen von Einzelphänomenen anstellen und keine ausreichende Analyse der Auswirkungen von Ökonomisierung durchführen würde (Schimank 2008, S. 622 f.). Zudem mangle es an einem analytischen Konzept (Kessl 2002, S. 1125) und es werde mit dem Ökonomisierungsbegriff in der Regel das Verhältnis von Bildungs- und Wirtschaftssystem theoretisch ausgeblendet (Barz 2010, S. 151). Die theoretische Herausforderung besteht aber genau darin, Ökonomisierung als Hinweis auf eine *grundlegend veränderte Beziehung von Bildung, Staat/Politik, Gesellschaft und Ökonomie* zu verstehen und etwa im Rahmen einer neuen Politischen Ökonomie der Bildung theoretisch zu beschreiben.

Schließlich wird auch die buchstäblich undifferenzierte im Sinne von differenzloser Verallgemeinerung von Ökonomisierung als Catch-all-Begriff kritisiert (Distelhorst 2014, S. 93 ff.), wie sie zuweilen die differenzierungstheoretische Sicht nahe legt:

Ökonomisierung wäre aus dieser Sicht eine Implosion gesellschaftlicher Komplexität, da sie eine hoch differenzierte Konstellation sozialer Systeme entlang einer Linie ausrichtet, durch einen uniformen Code gleichschaltet und auf diese Weise schließlich den funktionalen Zusammenbruch des Gesamtsystems herbeiführt (Distelhorst 2014, S. 94).

Die Warnung lautet also: Die Diagnose der Ent-Differenzierung sozialer Systeme oder Felder durch Ökonomisierung nicht durch die These umfassender ‚ökonomischer Gleichschaltung‘ zu depotenzieren und die theoretischen Möglichkeiten und Grenzen des Ökonomisierungsbegriffs zu bestimmen.

4. Schließlich wird Ökonomisierung noch als *positiver Begriff* in der Bedeutung der *Rationalisierung von Arbeit und Produktion* verwendet. Dieser Nexus von Ökonomisierung und Rationalisierung, stellt die grundlegende Frage nach dem *inneren Zusammenhang von Ökonomisierung und Rationalisierung*. Zur Beantwortung dieser Frage ist ein historischer Blick auf den Ökonomisierungsdiskurs notwendig, der sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt – und der weitere begriffliche Differenzierungen für ein Ökonomisierungskonzept liefert.



<http://www.springer.com/978-3-658-08973-3>

Ökonomisierung und Bildung

Zu den Formen ökonomischer Rationalisierung im Feld
der Bildung

Höhne, Th.

2015, IX, 39 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-08973-3